

SHORT NEWS

Nouvelle carte d'identité - petite mais dangereuse

(lc) - On le savait, la nouvelle carte d'identité électronique deviendra une réalité à partir du premier juillet de cette année. Réduite au format d'une carte bancaire, elle ne se différencie pas uniquement à cause de sa taille, mais surtout à cause de la puce électronique qu'elle contient - la même qui se trouve déjà dans les passeports biométriques. Ce furent les membres du Chaos Computer Club qui à l'époque tirèrent la sonnette d'alarme: avec un équipement que tout le monde peut aisément se procurer, la puce est lisible à distance. Une critique réitérée par Serge Urbany à la Chambre, ce mercredi, à laquelle le ministre Dan Kersch a répondu en disant que « les gens doivent donner leur accord avant la lecture de la puce ». Sauf si on ne leur demande rien...

Réforme fiscale : Inspiration européenne

(lm) - Comparer pour mieux réformer, c'est ce que permet au gouvernement luxembourgeois l'édition 2014 du rapport d'Eurostat intitulé « Taxation trends in the EU ». Même si certains chiffres sont faussés par des phénomènes « atypiques », l'étude de ce rapport est instructive. Concernant par exemple la taxation du travail, le taux luxembourgeois de 32,9 % (chiffres de 2012) est relativement bas. Au sein de ces recettes fiscales (qui incluent les cotisations), en comparaison européenne, la part payée par les salariés est élevée, et celle payée par les patrons faible. A l'occasion de la publication du rapport, le commissaire européen Algirdas Šemeta a appelé à baisser la taxation du travail et à lui préférer une fiscalité favorable à la croissance, par exemple à travers des taxes environnementales. Or, les recettes obtenues par celles-ci sont particulièrement faibles au Luxembourg, si l'on retranche la manne du tourisme à la pompe. De manière similaire, malgré - ou plutôt à cause - des taux de taxation du capital bas, notre pays est le numéro un pour la part des recettes fiscales provenant des impôts sur le capital. Enfin, comme partout en Europe, les recettes générées par les taxes sur le patrimoine - celles favorisées par l'économiste Thomas Picketty - sont faibles.

woxx@home

Vincent will Tore

Sommerzeit ist Saure-Gurken-Zeit. Das gilt besonders für Redaktionen, die verzweifelt nach Themen suchen und schon mal aus einer Mücke einen Elefanten machen. Immerhin ist erst Juni und es passiert noch was auf der politischen Bühne und es ist WM. Ein umstrittenes Fußballspektakel, von dem die brasilianische Bevölkerung herzlich wenig hat. Trotzdem wird in der Redaktion zumindest unter Aficionados mitgefiebert. Und Vincent, VfB-Stuttgart-Fan und Praktikant, der für vier Wochen die Räumlichkeiten der Waldorfschule gegen die woxx-Redaktionsräume getauscht hat, fiebert mit. So durchforstet er - wie seriöse Journalisten - nun täglich die Zeitungen. Bei der Homo-Ehe fiel ihm auf, dass allein das Luxemburger Wort Skepsis verriet. Aus der Pressekonferenz zum Nationalfeiertag stellte er in der Rubrik „erausgepickt“ das Angebot für Menschen mit Behinderung zusammen. Beim Besuch des Nationalen Kunstmuseums teilte er den Eindruck der Redakteurin und meinte unverblümt „die Bilder sehen nicht so aus, als hätte der Künstler da viel Zeit mit verbracht“. In den nächsten Wochen wird er gemeinsam mit einem anderen Fußball-Desperado einen kritischen Bericht zur Renovierung des Josy-Bartel-Stadiums in Angriff nehmen. Viel Glück dafür und herzlich willkommen bei der woxx!

AKTUELL

STUDIENBEIHILFEN

Ohne Druck kein Dialog

David Angel

Investitionen in die Zukunft des Landes, ohne dass die Studienbeihilfen der Sparlogik zum Opfer fallen - das war das Anliegen der Petitionäre, die am Donnerstag im Parlament gehört wurden.

„Ich habe diese Sitzung nicht als Alibiveranstaltung bezeichnet, sondern Zweifel daran geäußert, ob etwas Greifbares dabei herauskommen würde“ rechtfertigte sich Sven Clement am Donnerstagmorgen im Parlament. Als Initiator einer erfolgreichen Online-Petition gegen das Gesetzesprojekt zu den Studienbeihilfen war er von den zuständigen Kommissionen der „Chamber“ gehört worden. Erfolgreich war die von ihm eingereichte Petition, weil sie die Mindestanzahl von 4.500 Unterschriften, die erforderlich sind, um ein Anliegen ins Parlament zu bringen, um 40 überschritten hatte.

Im Vorfeld hatte Clement, der bereits mit einer Anti-Tram-Petition in der „Chamber“ vorstellig geworden war (woxx 1269), die Frage aufgeworfen, ob diese Anhörungen ernstgenommen würden oder lediglich als „Alibiveranstaltungen“ dienten. Trotzdem fand sich der Präsident der Piratenpartei am Donnerstagmorgen, begleitet von drei ausgewählten Petitionären, darunter zwei Vertretern des Studentenverbands Acel, am hauptstädtischen Krautmarkt ein.

Unzureichende Änderungen

„Die Anforderungen und Stundenpläne eines Studiums lassen sehr wenig Zeit, um nebenbei zu arbeiten“ griff Sven Clement die Äußerungen des Hochschulministers Claude Meisch auf, der gleich zu Anfang der Debatte um die Studienbeihilfen darauf hingewiesen hatte, dass ein Nebenjob „keine Schande“ für Studierende sei. Die wichtigste Forderung der Petitionäre: der Basisbetrag, der sich laut aktuellem Gesetzesprojekt auf 2.000 Euro im Jahr belaufen soll, müsse angehoben werden. Und zwar auf eine Summe, die an die 3.800 Euro Kindergeld im Jahr, das StudentInnen bis 2010 erhielten, herankommt. Auch eine Personalaufstockung beim Cedies, also der Behörde, die für die Vergabe von Studienbeihilfen zuständig ist, wurde gefordert. Die Änderungen am Gesetzesprojekt, die Claude Meisch nach

dem Streik von 15.000 SchülerInnen und StudentInnen eingebracht hatte, gehen Sven Clement nicht weit genug. Immer noch gebe es Studierende, die durch das Gesetz 6670 benachteiligt sein könnten.

Das Aktionskomitee 6670, dessen Mitglieder den landesweiten, eintägigen Schülerstreik Ende April maßgeblich organisiert hatten, war nicht zum Termin erschienen. „Die Petition vom Präsidenten der Piratenpartei Sven Clement ist Teil der breiten und pluralistischen Front aus KritikerInnen der Reform der Studienbeihilfen“ hatte das Komitee in einem Presseschreiben verlauten lassen, äußerte jedoch zugleich die Meinung, die Forderungen der Petitionäre gingen nicht weit genug. Luca Andreolli vom Aktionskomitee erklärte: „Unsere Meinung zum Gesetzestext unterscheidet sich in Teilen von der Sven Clements. Wir wollten nicht, dass unsere Forderungen mit den seinigen vermischt werden.“ Außerdem, so Luca Andreolli, habe man „auch mal einem anderen Teil des Protests gegen 6670 das Wort lassen wollen“. Stattdessen war die Acel präsent, deren Vertreter nicht mit indirekter Kritik am Aktionskomitee sparten. Weil Minister Meisch sich zu jeder Zeit dialogbereit erklärt habe, sei der 25. April „nicht der richtige Zeitpunkt für einen Streik“ gewesen, befanden sie, und „die Leute, die sich weiterhin am Dialog beteiligt haben, hatten schlussendlich zumindest teilweise Erfolg“. Luca Andreolli hält dagegen: „Ohne die Öffentlichkeit, die wir mit dem Streik geschaffen, und den Druck, den wir dadurch ausgeübt haben, wäre ein solcher Dialog wahrscheinlich nie zustande gekommen.“ Die minimalen Änderungen, die es gegeben habe, als „Erfolg“ zu bezeichnen, sei „ziemlich lächerlich“. An der Grundausrichtung des Gesetzesprojekts änderten die nämlich nichts.

Am Ende gab es dann doch einen Punktsieg für die Petitionäre: Im Gegensatz zur Anti-Tram-Petition, die keine Auswirkungen auf das Gesetz zur Tram hatte, scheint diese Petition nicht folgenlos zu bleiben. Nach der Sitzung kündigten die zuständigen parlamentarischen Kommissionen an, das Gesetzesprojekt werde in den kommenden Tagen noch einmal in den Fraktionen diskutiert. Auch eventuelle Änderungen stünden zur Debatte.